

**TOP 3.3**

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	26.02.2024	öffentlich

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Prüfung der Beteiligung am Unterhalt der Schulgebäude der weiterführenden Schulen, insbesondere der Berufsbildenden Schulen, durch umliegende und den Schulstandort nutzende Städte und Gemeinden**

Vorlage Nr.: 20247594



CDU-Stadtratsfraktion, Benckiserstr.26,67059 Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin  
Jutta Steinruck  
Stadt Ludwigshafen  
Rathausplatz 20  
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, 08.02.2024

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für die kommende Sitzung des Stadtrates am 26.02.2024**

Sehr geehrte Frau Steinruck,

die CDU-Stadtratsfraktion stellt zur kommenden Sitzung des Stadtrates folgenden Prüfantrag:

Die Verwaltung möge prüfen, in wie weit eine Beteiligung am Unterhalt der Schulgebäude der weiterführenden Schulen, insbesondere der Berufsbildenden Schulen, durch umliegende und den Schulstandort nutzende Städte und Gemeinden möglich ist. Es möge geprüft werden, ob eine gebietskörperschaftsübergreifende Lösung in Form einer Betriebs-GmbH oder Zweckgemeinschaft möglich wäre, um den hohen Investitionsbedarf im Bereich der Schulge-

bäude gemeinsam und mit Synergieeffekte schultern zu können.

Die Verwaltung möge auch Kontakt zu den Verantwortlichen in den Landesbehörden aufnehmen, um für die Idee zu werben und zu klären, in wie weit hierfür gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Begründung:

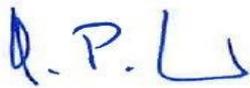
Die Stadt Ludwigshafen ist größter Schulträger des Landes Rheinland-Pfalz mit über 30.000 Schülerinnen und Schülern an rund 50 Schulen. Sechs Berufsschulen (rund 8.000 Schülerinnen und Schüler) sind Teil dieser städtischen Bildungslandschaft. Ein großer Anteil der Schülerinnen und Schüler besucht diese Einrichtungen als sogenannte Einpendler.

Standorte von Berufsschulen sind in der Regel Ober- und Mittelzentren, d.h. Städte, die wie Ludwigshafen mit einer hohen Schuldenlast zu kämpfen haben. Diese gilt es zu entlasten und Aufgaben breiter zu verteilen. Dahin geht auch der aktuelle Vorschlag der Landesregierung, anstatt auf eine Gebietsreform auf sachbezogene Zusammenarbeit zu setzen. Das Feld der Berufsschulen wäre ein nachhaltiger Ansatz für solche Formen der regionalen Zusammenarbeit.

Um die Schulgebäude funktionsfähig und attraktiv zu halten, wären Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften in Form von einer gemeinsamen Betriebs-GmbH, die Eigentümerin der Gebäude wäre, oder in Form einer Zweckgemeinschaft der richtige Schritt.

Die Verwaltung möge sich bei der Landesbehörde hierfür einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Uebel  
Vorsitzender der Stadtratsfraktion